

TAGESSPIEGEL  
**POTSDAMER**  
NEUESTE NACHRICHTEN

04.11.2015

## MICHENDORF

# Gericht soll zu Kanalbeiträgen entscheiden

von Henry Klix

Michendorf - Michendorfs Bürgermeister Reinhard Mirbach (CDU), zugleich Verbandsvorsteher des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Mittelgraben, will die Nacherhebung von Abwasseranschlussbeiträgen gerichtlich prüfen lassen. Wie berichtet werden in den Verbänden Der Teltow und Mittelgraben derzeit Kunden dafür zur Kasse gebeten, dass seit Anfang der 1990er-Jahre bis 2011 angeblich falsche Berechnungsgrundlagen zu Fehl-Abrechnungen von Kanalbeiträgen geführt hatten. Oft geht es um satte vierstellige Nachzahlbeträge, 6500 Kunden sind davon betroffen.

Mirbach sagte gestern den PNN, er solle selbst für ein Grundstück 4000 Euro für einen viele Jahre zurückliegenden Kanalanschluss nachzahlen und werde Widerspruch einlegen. Auch die Gemeinde Michendorf werde einem Bescheid widersprechen, laut dem sie für Gemeindegrundstücke in Wilhelmshorst über 200 000 Euro nachzahlen soll, bestätigte er einen PNN-Bericht. Den Widerspruch empfahl der Verbandsvorsteher auch anderen Betroffenen. Mirbach strebt an, dass in vier bis fünf beispielhaften Fällen Musterverfahren geführt und die Sachverhalte gerichtlich überprüft werden. „Ich möchte Klarheit, ob die Nacherhebung rechtens ist“, so Mirbach.

Er selbst halte eine nachträgliche Erhebung von Kanalbeiträgen nach 10 bis 15 Jahren für nicht vermittelbar und habe dem Betriebsführer, der Mittelmärkischen Wasser- und Abwasser GmbH, wiederholt seine Position dargelegt. Die rechtlichen Zweifel, die von anderen Seiten geäußert wurden, hege auch er. „Ich bin ja nicht Verbandsvorsteher, um neue Einnahmequellen zu erschließen.“

Allerdings konnte er die Nacherhebung im Mittelgraben-Verband nicht unterbinden. Grund: Er habe genau zu dieser Frage eine renommierte Kanzlei mit einem Rechtsgutachten beauftragt. „Es ergab überraschend, dass ich persönlich haftbar gemacht werden kann, wenn ich die Nacherhebung als Verbandsvorsteher verhindere.“ Die fünf Millionen Euro, die dadurch eingenommen werden sollen, würden seine Möglichkeiten übersteigen.

„Ich möchte jetzt eine gerichtliche Klärung, ob das rechtens ist“, so Mirbach. So solle auch jeder Mauscheleiverdacht ausgeräumt werden. Über eine Forderung der SPD, als Verbandsvorsteher zurückzutreten, zeigte sich Mirbach überrascht. „Das habe ich in der

Zeitung gelesen. Die SPD kann auch mit mir reden.“ Einen Rücktritt halte er für unverhältnismäßig.

Am 10. November in der Mensa der Wilhelmshorster Schule und am 11. November im Gemeindezentrum „Zum Apfelbaum“ lädt Mirbach jeweils 19 Uhr zu Informationsveranstaltungen zum Thema Nacherhebung ein. *Henry Klix*